

Drs. 4/10579

**Antrag FDP: „Kein Grüner Punkt auf Service- und Verkaufsverpackungen – Nein zu neuen finanziellen Belastungen für Handwerk und Verbraucher“**

Herr Präsident,  
meine Damen und Herren,

daß die etablierten Parteien im Bundestag nicht nur gern über Abfälle debattieren, sondern deren Ergebnisse häufig auch ein Fall für die Abfalltonne sind, zeigt die aktuelle Beschlußfassung zur Verpackungsnovelle im Bundestag. Gleichzeitig mit der Verpackungsnovelle wurden in derselben Debatte zwei Anträge mehrheitlich beschlossen, die das derzeitige System der Entsorgung grundsätzlich in Frage stellen.

Es ist also eine Tatsache, daß nicht nur die hier in Rede stehende fünfte Verordnung zur Änderung der Verpackungsverordnung, sondern auch die Verpackungsverordnung an sich grundlegende Mängel aufweist und daß dies der Mehrzahl der verantwortlichen Politiker durchaus bekannt ist. Auch innerhalb der Bundesregierung und selbst innerhalb des zuständigen Bundesumweltministeriums herrschen dazu geteilte Meinungen.

Wie ihnen sicherlich bekannt ist, bevorzugen wir Nationaldemokraten dort, wo es notwendig ist, radikale Lösungen. Es nützt gar nichts, lediglich ein paar Schönheitskorrekturen vorzunehmen, wenn das gesamte System fehlerhaft ist.

Aus diesem Grund ist es eigentlich müßig, heute über einzelne Details der Verpackungsnovelle zu diskutieren, weil das gesamte Entsorgungssystem einer grundlegenden Überarbeitung bedarf.

Nichtsdestotrotz sind die im Antrag vorgebrachten Einwände natürlich berechtigt. Die mit der Novelle vorgesehene Aufnahme aller Service- und Verkaufsverpackungen in das Duale System wird tatsächlich zu einer höheren Belastung verschiedener Handwerker und der Verbraucher führen. Das Ziel ist es letztendlich, ein fehlerhaftes System finanziell zu alimentieren.

Es ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch völlig widersinnig, beispielsweise Brötchentüten oder Wurstpapier zwangsweise in das System aufzunehmen. Diese Materialien sind zumeist für eine stoffliche Verwertung völlig ungeeignet und belasten in vielen Fällen noch den Verwertungsprozeß durch erhebliche Verunreinigungen.

Das Argument, man wolle dadurch „Trittbrettfahrer“ im System verhindern, kann an dieser Stelle nicht gelten, weil gerade diese Verpackungen meist über den regulären Hausmüll entsorgt werden und deren Menge ohnehin untergeordnet ist.

Daß es unsinnig ist, ein Stück fettiges Wurstpapier oder eine zuckerverklebte Kuchentüte nun per Verordnung zwangsweise in den Wertstoffkreislauf zu pressen, dürfte jedem klar sein. Es wird zwangsläufig dazu führen, daß über den bereits bestehenden Teil hinaus noch mehr der gesammelten Wertstoffe einer thermischen Verwertung zugeführt werden, anstatt daraus Rohstoffe zu gewinnen. Getreu dem Motto: Getrennt gesammelt – gemeinsam verbrannt.

Aus den bereits genannten Gründen wird deutlich, daß es einer grundlegenden Veränderung des bestehenden Entsorgungssystems bedarf. Dabei kann es aber keine Lösung sein, auf die

getrennte Sammlung der Abfälle zu verzichten. Es wird auch recht wenig hilfreich sein, wie überall, auch im Abfallbereich von mehr Wettbewerb zu schwadronieren, wie es die FDP besonders gern tut.

Wir brauchen nicht mehr Wettbewerb, sondern ein gerechtes System ohne eine Differenzierung der Abfälle nach Herkunft. Ein Kunststoff beispielsweise ist immer ein Wertstoff. Es ist dabei völlig egal, ob er in Form einer Verpackung oder eines Plastikimers in den Wertstoffkreislauf gelangt.

Ein solches Entsorgungssystem, kann aus unserer Sicht nur funktionieren, wenn es in der Verantwortung des Staates belassen wird. Denken Sie dabei zum Beispiel nur einmal an das funktionierende SERO-System in der DDR zurück. Das bedeutet nicht, daß kein Raum mehr für die Privatwirtschaft bleibt, denn die Erfassung, Verarbeitung und Verwertung kann sehr wohl von privaten Unternehmen übernommen werden. Die Organisation und die Koordinierung müssen aber unbedingt in staatlicher Hand bleiben.

Die NPD ist deshalb gegen eine weitere finanzielle Alimentierung der bestehenden Monopolstruktur des maroden Dualen Systems auf Kosten der Verbraucher.

Dem vorliegenden Antrag der FDP wird unsere Fraktion zustimmen, weil er dazu beiträgt, das bereits fehlerhafte System vor weiteren gravierenden Fehlern, die zu Lasten der Bürger gehen, zu bewahren.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.